Gegründet 1877 — Gegründet 1877

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. | Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postscheck-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt" / Telef. 11

Nummer 73 | Altensteig, Freitag den 28. März 1930 | 53. Jahrgang

Gaststättengesetz und Reichsverfassung

Zu beachtende Ausführungen von Senatspräsident Hampe, Braunschweig

Ueber die unheilvollen Wirkungen des unmittelbar vor seiner Verabschiedung im Reichstage stehenden Gaststättengesetzes ist schon sehr viel geschrieben und so manches treffende Wort gesagt worden. Wenn ich trotzdem zu dem großen Streit hier das Wort ergreife, so geschieht es nur, weil mir die Sache

vom juristischen Standpunkte aus

doch noch nicht von allen Seiten beleuchtet zu sein scheint.

Solche juristischen Betrachtungen haben wenigstens den Vorzug, daß sie dem Streitgegenstande mit kühler und nüchterner Ueberlegung gegenübertreten. Und gerade das kann in der Siedehitze des zur Zeit tobenden Gefechtes um das Gaststättengesetz nur nützlich sein. Auch darf ich für mich eine unbedingte Ueberparteilichkeit in Anspruch nehmen, da ich nicht das geringste unmittelbare oder mittelbare Interesse an dem Gaststättengewerbe habe. Um so mehr darf ich hoffen, daß meine Ausführungen auch bei denjenigen einige Beachtung finden, die nicht zu dem Kreise der Gastwirte gehören und die vielleicht aus irgendwelchen Gründen Anhänger des neuen Gaststättengesetzes sind.

Es hat einmal eine Zeit gegeben — und sie liegt noch gar nicht so lange zurück —, wo auch der Gastwirt mit großem Vertrauen auf einen Artikel der Weimarer Verfassung blickte, der ihm unbedingten Schutz in dem schweren Ringen um sein wirtschaftliches Dasein zu gewähren schien. Ich meine den Artikel 164, der folgendermaßen lautet:

Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Ueberlastung und Aufsaugung zu schützen.

Ich habe selbst seinerzeit als Mitglied der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung in Weimar an der Schaffung dieses damals heiß umstrittenen Artikels mitgewirkt und weiß, wie froh und stolz wir waren, als wir ihn glücklich unter Dach und Fach gebracht hatten. Ebenso deutlich erinnere ich mich auch der erfreuten Zustimmung und der dankbaren Anerkennung, die gerade diese Bestimmung damals in den Kreisen des gewerblichen Mittelstandes fand. Und dann

wartete man vergeblich von Jahr zu Jahr mit jener Engelsgeduld, die nur dem deutschen Bürgertum eigen ist,

auf die Einlösung dieses so verheißungsvoll und feierlich durch die Reichsverfassung gegebenen Versprechens. Die Enttäuschung wurde immer größer und allgemeiner; die Erfüllung blieb aus.

Nun ließ sich allenfalls entschuldigend sagen, daß bei den schweren Zeitläuften die Erfüllung jener positiven Zusage einer gesetzlichen Förderung des gewerblichen Mittelstandes in den zehn Jahren, die seitdem verflossen, immer noch schwer zu beseitigende Hindernisse fand. Jedenfalls will ich diese Ausrede einmal gelten lassen. Aber

daß man dem Gaststättengewerbe gegenüber diametral das Gegenteil von dem tat und zu tun fortfährt, was die Reichsverfassung mit so schönen, hochtönenden Worten gelobt hat:

das ist nicht zu verstehen und übertrifft alles, was wohl bislang auf diesem Gebiete geleistet worden ist! Man verspricht in der Reichsverfassung feierlich, das Gewerbe, also auch das ohnehin schwer kämpfende Gaststättengewerbe, gegen Ueberlastung zu schützen, und überlastet es demgegenüber mit ganz untragbaren Steuern! Man verspricht in der Reichsverfassung feierlich, das Gewerbe, und also auch das Schankstättengewerbe, vor Aufsaugung zu schützen, und hat es dann in der ersten Lesung des Gaststättengesetzes fertiggebracht, durch die sogenannte Relation Hunderttausende solcher gewerblicher Existenzen durch einen einzigen Federstrich aufzusaugen! Man verspricht in der Reichsverfassung feierlichst, das Gewerbe in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und schädigt vielmehr das Gaststättengewerbe durch eine allgemeine, ganz törichte Einschränkung der Polizeistunde und durch eine ebenso wenig gerechtfertigte, geradezu drakonische Bestimmung, die die Erteilung der Schankerlaubnis und die Möglichkeit ihrer Zurücknahme von der strikten Innehaltung der Vorschriften des Arbeitsschutzgesetzes abhängig macht.

So sieht die Erfüllung des Gelübdes von Artikel 164 der Reichsverfassung aus! Mit genau demselben Recht könnte man alle anderen Artikel der Reichsverfassung bei ihrer Anwendung ebenfalls in das Gegenteil verkehren. Man sagt sich unwillkürlich, welchen Zweck das oberste Grundgesetz des Reiches, seine Verfassung, überhaupt noch haben kann, wenn man sie so mißachtet! Dem Rechtsbewußtsein kann ein solches Verfahren jedenfalls schwere Wunden schlagen.

Aber auch sonst sind die beabsichtigten Schädigungen des Gastwirtschaft- und Schankstättengewerbes mit dem Rechtsstandpunkt nicht vereinbar. Wir haben bekanntlich nach der Reichsgewerbeordnung zahlreiche konzessionspflichtige Gewerbe. Warum in aller Welt will man da das Schankstättengewerbe unter ein Ausnahmerecht stellen, indem man ausgerechnet bei ihm

die strengste Innehaltung des Arbeitsschutzgesetzes zur Voraussetzung vom Werden und Vergehen macht? —

Will man überhaupt diese unterschiedliche Behandlung rechtfertigen? Fast glaubt man sich wieder ins Mittelalter versetzt, wo man unter „ehrlichen" und „unehrlichen" Gewerben unterschied und letzteres unter besonders strenge Ausnahmegesetze stellte! Und dann bedenke man doch die unheilvolle moralische Wirkung solcher Bestimmung! Wenn die Paragraphen 2 und 12 des Entwurfs wirklich Gesetz werden sollten, dann ist

dem widerlichsten Angeber- und Spitzeltum Tür und Tor geöffnet!

Auch die sogenannte Relation (die ja inzwischen in der zweiten Lesung des Reichstags-Ausschusses wenigstens vorläufig wieder ausgeschaltet ist) wäre weder vom allgemein rechtlichen noch vom moralischen Standpunkte aus zu rechtfertigen. Das, was man durch die Relation vor hat, ist viel schlimmer, als entschädigungslose Enteignung. Und gerade, weil es in den Annalen des Rechts einen unerhörten Vorgang bildet, hat man einen solchen Fall in der Reichsverfassung überhaupt nicht geregelt. Man stand 1919, als man die Weimarer Verfassung schuf, dem Eigentum und dem Vermögen überhaupt durchaus nicht sehr wohlwollend gegenüber. Man regelte deshalb durch Artikel 153 die Enteignung und in Artikel 156 die Sozialisierung privatwirtschaftlicher Betriebe. Darauf aber, daß man darüber noch hinausgehen und einfach ganze Gruppen von Betrieben entschädigungslos durch Gesetz zur Aufhebung bringen könnte, dachte selbst damals niemand.

Gewiß sah schon immer der § 40 der Reichsgewerbeordnung die Möglichkeit einer Zurücknahme der erteilten Schankerlaubnis vor. Aber diese Zurücknahme ist doch auf wenige und schwerwiegende Gründe, wie sie die Paragraphen 33a und 53 ersehen lassen, beschränkt. Es muß also immer ein grobes Verschulden des Schankwirts vorliegen. Außerdem handelt es sich doch dabei immer um Einzelfälle, die in einem genau vorgeschriebenen Verfahren und nach gewissenhafter Untersuchung entschieden werden. Jetzt aber soll durch das Gaststättengesetz ein großer Teil ganz allgemein und ohne das geringste Verschulden durch eine einfache Gesetzesbestimmung seines Gewerbes und damit seiner Existenz beraubt werden!

Brutaler läßt sich die Sache allerdings nicht regeln.

Wenn so etwas durch die Gesetzgebung möglich ist, dann wird in Zukunft noch mehr möglich sein! Begeben wir uns erst auf diese schiefe Ebene, so ist auch kein Halten mehr, sondern geht es unaufhaltsam weiter bis zum schlimmen Ende: Principiis obsta!

Thüringens Antwort an Severing

Weimar, 27. März. Die von Minister **Baum** heute zu Beginn der Landtagssitzung verlesene **Antwort des thüringischen Kabinetts** auf das zweite Schreiben des Reichsinnenministers **Severing** hat folgenden Wortlaut:

Das thüringische Staatsministerium lehnt es ab, die unfruchtbare Erörterung über den bisherigen formellen Verlauf der Angelegenheit fortzusetzen, da es sonst genötigt wäre, an Ihrem ersten Schreiben vom 17. Februar 1930, das den Anstoß zu allem weiteren gab, die gleiche belehrende Kritik zu üben. Wir bestreiten wiederholt dem Herrn Reichsinnenminister das Recht aus dem gegebenen Anlaß Ueberweisungen aus irgendwelchen Fondsmitteln einzustellen und zum Nachteil Thüringens anderweits darüber zu verfügen. Zugleich bitten wir um Aufklärung, was Sie damit sagen wollen, daß die Ueberweisung von Mitteln des nächsten Haushaltsjahres von der „weiteren politischen Entwicklung" abhängt.

Zur Frage der Weitergewährung des Reichszuschusses für Polizeizwecke an das Land Thüringen bemerken wir: Dem Reich steht zwar auf Grund der in Ziffer 1, 7 mit den Ländern vereinbarten Grundsätzen für die Gewährung eines Reichszuschusses für polizeiliche Zwecke das Recht zu, in besonderen Fällen, in denen außergewöhnliche Vorwürfe gegen die Schutzpolizei eines Landes erhoben werden, Auskunft zu verlangen und nach vorheriger Zustimmung der Landeszentralbehörde einen Beauftragten abzuordnen, der den vom Lande anzustellenden Untersuchungen beiwohnt. Wir können aber unsere Verwunderung darüber nicht verhehlen, daß der Herr Reichsminister

überhaupt uns nicht die Tatsachen bezeichnet hat,

über die er Auskunft verlangen zu können glaubt, sondern ohne Angabe von Gründen für die Untersuchung einen Beauftragten hierzu entsenden will. Das ist ein Verfahren, das die „Grundsätze" nicht vorsehen, und das zweifellos **nicht im Sinne der Vereinbarungen mit den Ländern liegt. Gegen diese willkürliche und durch nichts begründete Verletzung der Vereinbarungen mit den Ländern legen wir feierliche Verwahrung ein.**

Glaubt der Herr Reichsinnenminister, außergewöhnliche Vorwürfe gegen die Schutzpolizei eines Landes erheben zu können, so muß er diese Vorwürfe zunächst angeben und Auskunft verlangen. Die thüringische staatliche Polizei hat nichts zu verbergen und eine Untersuchung nicht zu scheuen. Sie könnte ihr also mit Ruhe entgegensehen. Aber unter den vorliegenden Umständen müssen wir in Rücksicht auf die Ehre und Würde des Landes unsere Zustimmung dazu versagen, bis der Herr Reichsinnenminister die Tatsachen näher bezeichnet, die seiner Auffassung nach eine Untersuchung notwendig machen. gez. Baum."

Severing verharrt auf seinem Standpunkt

Berlin, 27. März. Die Antwort der thüringischen Regierung an das Reichsinnenministerium ist am Donnerstag vormittag in Berlin eingegangen. Minister Severing hat sofort in einem Briefe erwidert und zwar in dem Sinne, daß er nach der Antwort der **thüringischen Regierung keinen Anlaß sehe, von seinem bisherigen Standpunkt abzugehen.** Da die thüringische Regierung den Untersuchungskommissar abgelehnt hat und eine Untersuchung der Polizeiverhältnisse infolgedessen nicht stattfindet, so werden also die 220 000 Mark betragenden Polizeizuschüsse an Thüringen am 1. April nicht gezahlt werden.

Die Reichsregierung zurückgetreten

Berlin, 7. März. (Amtlich) Das Reichskabinett hat soeben um 7.15 Uhr abends seine Gesamtdemission beschlossen.

Die ergebnislosen Verhandlungen über die Finanzpolitik, die Steuerpläne, im besonderen die Deckung der Fehlbeträge bei der Arbeitslosenversicherung und die Steuersenkungen für 1931, haben nun doch noch zum Rücktritt des Kabinetts geführt, nachdem es am Donnerstag den Anschein hatte, als würden sich die Parteien auf der Grundlage des Zentrumsvorschlags einigen.

Nach Berliner Meldungen rechnet man nun mit einer Regierung unter Führung des Zentrums mit Brüning als Kanzler. Es handelt sich jetzt um die seit Monaten spuckende Idee der **Durchführung des Youngabkommens mit einer rein bürgerlichen Mehrheit**, während die Sozialdemokraten in die gesuchte Opposition übergehen würden. Angeblich will Brüning auch die Rechte dazu heranziehen, genau wie es vor drei Jahren geschah, nur diesmal wohl ohne die berüchtigten „Richtlinien". Man spricht davon, daß die Deutschnationale Volkspartei das Landwirtschaftsministerium für Schiele und außerdem das Auswärtige Amt angeboten bekäme.

Der Reichskanzler bei Hindenburg

Berlin, 7. März. Reichskanzler Müller hat sich um 8 Uhr zum Reichspräsidenten von Hindenburg begeben, um ihm die Demission des Gesamtkabinetts zu überreichen.

Die entscheidende Kabinettssitzung

Berlin, 7. März. Zur Demission des Kabinetts Müller erfährt das Nachrichtenbüro des VdZ. folgende Einzelheiten: In der letzten Sitzung des Kabinetts warf Reichskanzler Müller

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

len die Frage auf, ob nach der ablehnenden Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu dem Kompromißvorschlag die Regierung nunmehr die Deckungsvorlagen unter Hinausschiebung der Frage der Arbeitslosenversicherung allein durchführen wolle. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erklärte, die Deutsche Volkspartei könne ihre Zustimmung zu den Steuervorlagen nur geben, wenn das Gesamtprogramm einschließlich der Arbeitslosenversicherungsfrage angenommen wird. Auf eine weitere Frage des Reichskanzlers erklärte der Reichsfinanzminister, daß er zurücktreten würde, wenn das Kabinett im Gegensatz zu dieser Stellungnahme der Volkspartei eine Teillösung versuche. Daraufhin erklärte Reichskanzler Müller, daß demnach eine Durchführung der Deckungsvorlagen durch das jetzige Kabinett unmöglich und die Gesamtdemission unvermeidlich sei. Der Reichskanzler verabschiedete sich mit Dankesworten von den Kabinettsmitgliedern und begab sich zum Reichspräsidenten, um ihm den Rücktritt des gesamten Kabinetts mitzuteilen.

Reichspräsident v. Hindenburg hat das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Müller angenommen und den Reichskanzler Müller mit der Weiterführung der Geschäfte bis zur Neubildung der Reichsregierung beauftragt.

Es ist ein eigenartiger Zufall, daß der Rücktritt des Kabinetts Müller am 27. März 1930 erfolgt, nachdem am 27. März 1920 Hermann Müller nach dem Kapp-Putsch als Nachfolger Bauers erstmalig zum Reichskanzler ernannt worden war. Müller bildete damals das dritte Reichskabinett nach der Revolution.

Eine Ministerliste

Als provisorische Ministerliste zirkuliert, wie aus Berlin mitgeteilt wird, in den parlamentarischen Kreisen eines künftigen Kabinetts Brüning, folgende:

Reichskanzler: Brüning (Zentrum)
Reichswehrminister: Gröner
Reichsernährungsminister: Schiele (Deutschnationale Volkspartei als Fachminister)
Reichsfinanzminister: Dr. Moldenhauer (D. Volksp.)
Reichsaußenminister: Dr. Wirth (Zentrum)
Reichswirtschaftsminister: ein Mitglied der Deutschen Volkspartei
Reichspostminister: Schätzel (Bayerische Volkspartei)
Reichsarbeitsminister: ein Mitglied der Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft
Reichsjustizminister: von Guérard
Reichsminister für die besetzten Gebiete: Dr. Wirth (Zentrum, kommissarisch)
Reichsminister des Innern: Dr. Külz (Demokrat).

Dieser Vorschlag hat selbstverständlich nur die Bedeutung eines ersten Versuchs, die Linien der neuen Kabinettsbildung aufzuzeichnen. Innerhalb dieses Rahmens wird sich manches verschieben, vor allem auch weil man die Zustimmung der bisher in der Opposition stehenden Gruppen braucht.

Lesen Sie

unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen" und bestellen Sie diese für den Monat April entweder bei der Postanstalt oder dem Postboten oder aber bei unseren Agenten oder Austrägern.

Sicherheitspakt für das Mittelmeer

Der amerikanische Vorschlag — Umfall Macdonalds?

London, 27. März. Die amerikanische Delegation denkt sich die Lösung des Sicherheitsproblems in folgender Weise:

1. Im Rahmen des geplanten Fünf-Mächte-Abkommens findet eine Vereinbarung Platz, wonach die Mächte im Falle einer Bedrohung des Status quo in Beratung miteinander darüber treten werden, welche Schritte zur Verhinderung der Gefahr zu ergreifen sind.

2. Darüber hinaus aber und außerhalb des Fünf-Mächte-Abkommens soll zwischen den sieben interessierten Mächten England, Frankreich, Italien, Spanien, Türkei, Südslawien und Griechenland ein Sicherheitspakt für das Mittelmeer abgeschlossen werden und zwar nach der Art jenes Mustervertrags der Freundschaft, Versöhnung und gegenseitigen Unterstützung, der im Schoße des Völkerbundes auf französisches Betreiben ausgearbeitet, aber niemals angenommen wurde.

Amerika will sich also an der Sicherheitsgarantie für das Mittelmeergebiet, wie auch vorauszusehen war, nicht beteiligen. Es geht über die Annahme einer allgemeinen Abrüstungspflicht nicht hinaus. In dieser Pflicht besteht seine einzige Konzession, die es aber jedoch nur unter der Bedingung zu machen gewillt ist, daß England seinerseits den Franzosen in der Sicherheitsfrage entgegenkommt. Insofern muß der amerikanische Schritt als eine Aufforderung an England dahin gedeutet werden, daß dieses einen Beitrag zur Herstellung der Sicherheit in der europäischen Zone leistet.

Macdonald ist offenbar auf die amerikanische Initiative eingegangen und in der Presse findet sich bereits die Meldung, daß der Premierminister trotz des anfänglichen Widerstandes Snowdens das britische Kabinett von der Notwendigkeit eines Mittelmeerpaktes im Interesse der Konferenz überzeugt hat.

Es verlautet, daß der amerikanische Vorschlag zur Lösung des Sicherheitsproblems das Werk des Mitglieds der amerikanischen Delegation, Botschafter Morrow ist, der als früherer Partner des Hauses Morgan und durch seine persönlichen Neigungen den Franzosen besonders nahe steht und ein gewisses Verständnis für ihre Wünsche hat. Dadurch, daß seine Formel die Garantiefrage im Mittelmeer im Zusammenhang mit dem im letzten Jahr von der Völkerbundsversammlung gebilligten Entwurf eines regionalen Vertrags zu lösen gedenkt, hofft er die Mittelmeermächte zur Mitarbeit an einer Verhinderung von Kriegen zu bringen, während die Ergreifung tatsächlicher militärischer Maßnahmen mehr auf eine Entscheidung des Völkerbundsrats selbst hin in Frage käme.

Die amtlichen englischen Stellen leugnen mit einer Hartnäckigkeit, die verdächtig ist, daß Macdonald schon irgend einen Stellungswechsel hinsichtlich der Sicherheitsgarantie vollzogen hat, und sie haben allen Grund dazu. Denn die Opposition in England dagegen ist außerordentlich groß. Ein neuer Sicherheitspakt bedeutet für Konservative und Liberale mit nackten Worten Uebernahme einer militärischen Verpflichtung zugunsten Frankreichs. Selbst Chamberlain wollte nach Locarno nichts dergleichen mehr haben. Es würde niemanden überraschen, wenn ein Umfall Macdonalds in dieser Frage zu ernsten innerpolitischen Verwicklungen und gar zum Sturz des Arbeiterkabinetts führte. Ueberdies muß man fürchten, daß Macdonald, um seine verfahrene Konferenz zu retten, die Franzosen nicht nur hinsichtlich des Sicherheitsproblems, sondern auch in der Frage der Landabrüstung und der ausgebildeten Reserven zufrieden zu stellen geneigt ist. Unzweifelhaft wird dann alles, wenn jetzt der große Kuhhandel wirklich beginnen sollte, erneut in Erscheinung treten, und auch Deutschland könnte einer derartigen Entwicklung nicht ohne Besorgnis folgen.

Die Opposition gegen die Uebernahme neuer militärischer Verpflichtungen zugunsten Frankreichs schlägt schon jetzt in einem erheblichen Teil der Presse bedenkliche Wellen. Der „Daily Telegraph" wendet sich in einem scharfen Leitaufsatz gegen die Beteiligung Englands am Mittelmeerpakt. Besonders bemerkenswert aber ist, daß auch das Regierungsblatt „Daily Herald" davor warnt, die Möglichkeiten, die in der Formel stecken, im Hinblick auf die Gesamtlage der Konferenz irgendwie zu überschätzen. Briand ist gestern abend wieder in London eingetroffen.

Rettungsversuch in London

Ein Mittelmeer-Vertrag?

Aus den Meldungen über den Stand der Londoner Verhandlungen, die vielversprechend sind, ist noch nicht zu erkennen, ob die französische Presse mit ihrer Behauptung recht hat, daß in letzter Stunde **eine grundlegende Meinungsänderung Englands und Amerikas erreicht** sei. Nachrichten aus französischer Quelle zufolge soll **England einem Mittelmeerabkommen jetzt nicht mehr abgeneigt sein und auch Amerika soll Neigung bezeugen, an einem Vorbeugungsvertrag teilzunehmen.** Der Gedanke ist, daß alle an der Londoner Konferenz beteiligten Mächte ein Abkommen schließen, wonach bei Gefahr eines Krieges ein „Meinungsaustausch" zu einer Verhütung stattfinden soll. Dieser **amerikanische Schritt kam völlig unerwartet** und war zweifellos auch unerwartet für den englischen Premier, der gestern noch einen ganz anderen Weg einschlug, indem er nämlich mit Grandi zusammen den Gedanken einer Vertagung des Fünfmächteabkommens besprach. Die amerikanische Delegation kam vermutlich mit dieser Erklärung heraus, nachdem sie aus der gestrigen Rede Briands im französischen Senat herausgelesen hatte, daß die französische Regierung auf vorsichtige Weise von ihrem Verlangen nach einem militärischen und maritimen Pakt abrückte.

Die Bedeutung des amerikanischen Angebots ist offensichtlich, und es wird hier in der Presse als einen Wendepunkt bezeichnet. Es bleibt jedoch nach wie vor die Frage, die heute der „Daily Herald" ganz präzise wiederholt: Wird Frankreich, wenn ein solcher Konsulativpakt geschlossen würde, bereit sein, sein Bauprogramm ausreichend herabzusetzen und seine Forderungen fallen lassen, daß die französische Superiorität über Italien in aller Form festgestellt und gewahrt werden muß? Man erwartet demgemäß das Ergebnis der für Donnerstag festgesetzten Sitzung der Delegationshäupter, bei der Briand zugegen sein wird, mit Spannung.

Der amerikanische Vorschlag

London, 27. März. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald" meldet, daß der amerikanische Vorschlag folgendermaßen laute:

1. **Großbritannien wird mit Frankreich und Italien einen von dem Vorbeugungsvertrag getrennten zweiten Vertrag schließen,** der sich nur auf das Mittelmeer bezieht und dem beizutreten die anderen Mittelmeermächte eingeladen würden.

2. **Frankreich** wird für diese Verstärkung seiner Sicherheit **Abstriche an seinen Tonnenzahlen** vornehmen, die eine Verminderung der Tonnenzahlen des englisch-amerikanischen Kreuzer-Tops ermöglichen.

3. **Frankreich und Italien können so ihren Streit über Gleichheit beilegen.**

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" sagt: Aus Briands Rede geht nur allzu deutlich hervor, daß Frankreich als Preis für eine Verminderung seiner Flotte mehr als den sogenannten Vorbeugungsvertrag fordern wird.

Spione auf See

Roman von Edwin Demel

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW. 6

(29. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die beiden näherten sich unserem Standorte und dann — stieß ich einen Ruf der Ueberraschung aus, denn es waren — Werestschegin und der Telegraphist Rehmann. Dieselbe Ueberraschung prägte sich in den Gesichtern der anderen Anwesenden, die jene beiden erkannten, aus.

„Werestschegin?" rief der Kapitän in fragendem, ungläubigem Tone.

Die beiden starrten uns höhnisch ins Gesicht, während sie waffenlos und ein weißes Tuch in der Hand schwingend, zu uns emporstiegen. „Guten Tag", sagte der Russe spöttisch, „nun sind wir wieder da und finden alle versammelt, nach denen wir uns schmerzlich gesehnt. Ist Ihnen nicht bange nach uns gewesen?"

„Machen Sie keine schlechten Witze", antwortete rauh der Kapitän, „sondern sagen Sie uns schnell, was Sie eigentlich wollen, denn ich könnte mich sonst versucht fühlen, Ihnen eine blaue Bohne in Ihr schuftiges Hirn zu jagen."

„Nur keine Aufregung", gab der ruhig zurück. „Das werden Sie nicht tun, wenn ich Ihnen sage, daß sämtliche Passagiere gefangen und in unserer Gewalt sind. Des gleichen auch alle Mannschaftspersonen, das Maschinenpersonal, kurz, alle Leute, die nicht eben hier oder tot sind. Sie haben es uns auch gar zu leicht gemacht. Sie sind nämlich in den unteren Räumen eingesperrt, weil wir die Aufgänge rechtzeitig besetzen konnten."

„Gut", meinte der Kapitän. „Nun sagen Sie aber, in drei Teufels Namen wie Sie eigentlich an Bord kamen und was Sie eigentlich wünschen. Ich kann mir gar nicht denken, daß Sie sich von einem Agenten eines Staates so schnell in einen Räuber, oder zum mindesten in den Genossen von Räubern verwandelt haben sollten."

Der quittierte mit einem Lächeln.

„Es freut mich wirklich, daß Sie eine so gute Meinung von mir haben und kann Ihnen versichern, daß dieselbe gerechtfertigt ist. Doch will ich Ihre Fragen der Reihe nach beantworten. Wie wir an Bord kamen? Sehr einfach! Selbstverständlich in den Kisten, welche durch die Kulis an Bord gebracht wurden und in denen angeblich Frachtgut sein sollte. Wenn Sie sich die Mühe gegeben hätten, näher zuzusehen, hätten Sie die Luftlöcher bemerken müssen. Aber das taten Sie wohl nicht. Was wir wünschen? Nicht viel. Bloß die Akten des ehrenwerten Mr. Youngband, die nach seinen Angaben sich hier ja an Bord befinden sollen. Weiter gar nichts. Das Eigentum und das Leben sämtlicher Anwesender bleibt unangetastet, sobald sich mein besonderer Freund, der Doktor, entschließen kann, die Papiere auszuliefern."

Er machte eine ironische Verbeugung.

„Ich weiß nicht, was Sie wollen", sagte der Schiffsarzt zu dem Russen. „Mir ist von derlei Akten nichts bekannt."

„Das sollte mich wundern, da der Baron ausdrücklich das Gegenteil versicherte und bei sich auch tatsächlich nichts hatte. Wir hätten es sonst finden müssen. Nehmen Sie also Vernunft an und tun Sie gutwillig, was sich nicht vermeiden läßt. Sie behalten alle das Leben und können, natürlich, nachdem Sie uns an Land gesetzt, ungekränkt und ohne Aufenthalt die Reise fortsetzen. Daß Sie in unserer Macht sich befinden, werden Sie wohl bemerken. Zwingen Sie uns erst nicht, Gewalt anzuwenden."

„Sie können uns ruhig glauben, daß wir uns zu wehren wissen", erwiderte ich spöttisch.

„Das nützt nichts. Wir werden Sie nicht ums Leben bringen, sondern uns verschanzen und Sie mit unseren überlegenen Waffen so lange im Schach halten, bis Sie vom Hunger gezwungen sind, sich zu ergeben. Das wird gar nicht lange dauern. Auch pflegt sich in diesen Gegenden der Durst noch viel eher und unangenehmer bemerkbar zu machen, als der Hunger."

Ich bemerkte, daß der Schurke nur zu recht hatte. Da konnte nur List helfen. Ich wollte ihm die Ueberzeugung beibringen, daß ich von den Papieren nichts wüßte.

„Wie kommen Sie eigentlich dazu, dem Baron zu glauben", sagte ich daher, mich gewaltsam zur Ruhe zwingend. „Der wollte wahrscheinlich nur Ruhe vor Ihnen haben. Wer weiß, welche Hilfsmittel Sie anwandten, um ihn zu einem derartigen Geständnisse zu bringen. Er wollte Sie nur los sein und dabei doch sein Geheimnis wahren. Daher hat er Ihnen einen Bären aufgebunden. Er glaubte wahrscheinlich, es würde Ihnen doch nicht mehr gelingen, an Bord der „Loreley" zu kommen."

„Das stimmt", erwiderte er. „Das hoffte er wirklich und gerade deshalb sagte er die Wahrheit. Denn es ist ohne Zweifel wahr, daß sich die Papiere in Ihrem Besitze sind und hier an Bord befinden."

„Suchen Sie doch nach", bemerkte ich trocken.

„Für so dumm dürfen Sie uns doch nicht halten", sagte er ungeduldig. „Das weiß ich auch, daß Sie ein gutes Versteck ausgesucht, nachdem Sie schon derartige Erfahrungen gemacht haben."

„Ich weiß trotzdem nichts und habe auch nichts."

„Ich habe zwar vorausgesehen, daß es im Guten nicht gehen wird. Daher habe ich dafür Sorge getragen, andere Zwangsmittel in Anwendung zu bringen."

„Vielleicht die Folter?" fragte ich voll Hohn.

„Aber was glauben Sie denn", rief er beleidigt. „Ich weiß doch, daß dies bei einem Charakter, wie dem Ihrigen ganz aussichtslos wäre. Ich verstehe es, feiner zu arbeiten. Hab alles bedacht. Was würden Sie dazu sagen, wenn ich Ihnen den Baron entgegenstellen würde?"

Ich fühlte, wie ich erblaßte. Auch die Bestürzung der anderen war unverkennbar.

„Sie wollen doch nicht sagen —" stotterte ich.

„Ja, ja", nickte er triumphierend. „Ich habe mich vorgesehen und außer uns beiden wurden auch der Baron nebst seiner Tochter, gleichfalls in Kisten verpackt und außerdem gut gefesselt, sowie geknebelt, an Bord gebracht."

Der Earl neben mir stieß einen halbunterdrückten Schreckensruf aus.

„Beruhigen Sie sich", sagte nun der Russe zu Huntington, „es wird Ihrer Braut nichts geschehen, wenn dieser Herr die ihm übergebenen Papiere aushändigt. Reden Sie ihm zu und Sie können Ihre Braut binnen einer Stunde in die Arme schließen. Ich habe Sie in dieser Voraussetzung schon seinerzeit von hoher See aus angefunkt, weil ich mir dachte, daß der Baron zu schlau sein werde, die so wichtigen Dokumente mit ans Land zu nehmen. Ihr Einfluß hier an Bord sollte mich eben in meinem Bestreben, die Sache zu einem gütlichen Ende zu bringen, unterstützen. Veranlassen Sie den Doktor, unserem Wunsche Folge zu leisten und die Sache ist erledigt."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Youngdebatte in der franz. Kammer

Paris, 27. März. Die französische Kammer begann **Donnerstag vormittag die Beratung des Gesetzentwurfes über die Ratifizierung der verschiedenen Haager Abkommen.** Der Abg. Louis **Marin** stellte zunächst die Vorfrage, weil der Youngplan die Räumung des Rheinlandes nach sich ziehe und infolgedessen die **Sicherheit Frankreichs bedrohe.** Das Verhalten Deutschlands sei nicht dazu angetan, Frankreich ausreichende Sicherheitsgarantien zu geben. **Deutschland habe es darauf abgesehen, den Versailler Vertrag zu zerstören.**

Ministerpräsident Tardieu gab nach den Ausführungen des Berichterstatters die Erklärung ab, **daß die Regierung nur die eine Pflicht habe, die Vorlage so schnell wie möglich zu verabschieden. Wenn man die Mobilisierung der ersten Tranche unmöglich machen wolle, so würde man das gesamte Land in eine gefährliche Lage bringen.** Da der Abg. Marin seinen Antrag auf Stellung der Vorfrage nicht zurückgezogen habe, sei er gezwungen, die **Vertrauensfrage** zu stellen. **Die von Marin gestellte Vorfrage wird hierauf durch Handaufheben abgelehnt.** Nur Marin selbst stimmte dafür. Darauf erklärte der der Unabhängigen Linken angehörende Abg. **Guernut,** daß der Gesetzentwurf **zu spät in der Kammer eingebracht worden sei, als daß man die zahlreichen verwickelten Fragen gewissenhaft hätte prüfen können. Er werde deshalb gezwungen, fortwährend Vertagungsanträge einzubringen.** Abg. **Meyer** (Radikal) **brachte einen Antrag ein, die Debatte bis zur Rückkehr Briands aus London zu vertagen. Ministerpräsident Tardieu wandte sich gegen** die Vertagung.

Der weitere Verlauf der Youngdebatte in der Kammer gestaltete sich **außerordentlich stürmisch,** als der Abg. Meyer (Radikal) erklärte, daß er und seine Freunde von dem völligen Einvernehmen zwischen Tardieu und Briand keineswegs überzeugt seien. Der Sozialist **Grumbach** betonte, daß die Sozialisten die **Anwesenheit Briands verlangten,** weil er der Außenminister sei. Die Sozialisten blieben Anhänger der Politik Briands. **Ministerpräsident Tardieu warf in dem immer größer werdenden Lärm den Sozialisten vor, daß sie zwischen ihm und Briand einen Zwiespalt schaffen wollten.** Er könne ihnen aber erklären, daß Briand bereits die Regierungen von England, Italien und Belgien auf die Notwendigkeit hingewiesen habe, bis zum 5. April den Youngplan zu ratifizieren, damit die erste Tranche mobilisiert werden könne. **Er verlange also im Namen Briands ebenso wie in seinem eigenen die Verabschiedung des Youngplanes.** Es kommt zu lebhaften **Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Linke. Herriot** unterstützte den Antrag seines Fraktionsgenossen Meyer auf Vertagung. **Es setzt ein Pultdeckelkonzert auf beiden Seiten des Hauses ein, sodaß der Präsident die Sitzung aufheben mußte.** Dann wird über den **Vertagungsantrag** abgestimmt, gegen den die Regierung die Vertrauensfrage stellt. Der Antrag wurde mit 319 gegen 62 Stimmen **abgelehnt.**

Neues vom Tage

Inkrafttreten der Zollerhöhungen

Berlin, 27. März. Die Zollerhöhungen von Weizen, Hafer und Gerste sind in der verflossenen Nacht um 24 Uhr in Kraft getreten. Die weiterhin beschlossenen Zollerhöhungen für Kleie, Mehl, Malz, Kartoffeln und Zucker treten in der Nacht zum 29. März in Kraft, das Maisgesetz am 1. April. Noch nicht in Kraft gesetzt wurde die Kann-Vorschrift bezüglich der Ermäßigung des Gerstenzolls bei Bezug von Roggen für die Verfütterung.

Auch die Radikalen für den Youngplan

Paris, 27. März. Die radikale Kammerfraktion hat mit 33 gegen 11 Stimmen bei 15 Enthaltungen beschlossen, für den Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Youngplanes zu stimmen. In der Diskussion sind die Abg. Chautemps, Paganon und Delbes für die Ratifizierung eingetreten.

Reichsmaisgesetz vom Reichskabinett genehmigt

Berlin, 7. März. Das Reichskabinett hat in seiner letzten Sitzung dem Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Reichsmaisgesetzes vom 26. März dieses Jahres zugestimmt.

Die letzte Hoffnung der Flottenkonferenz

London, 27. März. Briand hat am Donnerstag **Henderson** aufgesucht, und ihm seine Auffassung über den Wunsch Frankreichs, eine irgendwie geartete Sicherheit im Mittelmeer zu erhalten, dargelegt. **Die Versuche, den toten Punkt in den französisch-italienischen Verhandlungen auf der Grundlage der Zahlen zu überwinden, sind völlig gescheitert** und das Ergebnis der Verhandlungen wird davon abhängen, in welchem Maße Frankreich durch das Sicherheitsangebot, das Amerika und England zu stellen bereit sind, als befriedigt ansehen kann. Von zuständiger Seite wird erklärt, daß die englisch-amerikanische Haltung unverändert ist.

Eine brasilianische Ortschaft vom Sturm zerstört

Sao Paulo, 27. März. Die Ortschaft Bomjardin in der Nähe von Pernambuco ist durch einen Tornado völlig zerstört worden. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind dabei 10 Personen getötet und nahezu 100 verletzt worden. 250 Häuser wurden vom Sturm einfach fortgeweht. Die Bewohner haben Zuflucht in den Bergen gefunden.

Amerikanische Ehrung Dr. Eckeners

Washington, 27. März. Die National Geographic Society hat in feierlicher Sitzung der Vertreter der gesamten offiziellen Welt beiwohnen werden, Dr. Eckener ihre Goldene Medaille überreicht. **Die Verleihung dieser Auszeichnung stellt eine ganz besondere Ehrung Dr. Eckeners dar. Bisher ist in 42 Jahren die Goldene Medaille der N.G.S. nur elfmal zur Verleihung gelangt.**

Deutscher Reichstag

Berlin, 27. März.

Die zweite Beratung des Nachtragsetats für 1929 wird fortgesetzt. **Beim Haushalt des Reichsarbeitsministeriums** führt Abg. **Schroder-Merseburg** (K.) aus, trotz aller anderslautenden Versicherungen stehe jetzt schon fest, daß die Sozialdemokraten dem Verlangen der bürgerlichen Parteien nach Abbau der Arbeitslosenversicherung nachgeben würden.

Der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums wird nach Ablehnung von Aenderungsanträgen mit der von den Sozialdemokraten beantragten Aenderung angenommen, daß die einmaligen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung um 40 Millionen auf 262,5 Millionen erhöht werden. In zweiter Beratung werden dann auch die Nachträge zu den übrigen Etats angenommen.

Dann wurde der nochmals von den Demokraten gestellte Antrag auf Wiederherstellung der im Ausschuß gestrichenen 400 000 Mark für Auslandspropaganda der Leipziger Messe wiederum im Hammelsprung mit 190 gegen 129 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Es wurde dann noch die zweite Beratung des **Schankstättengesetzes** begonnen, aber nach einiger Zeit abgebrochen. Das Haus vertagte sich auf Freitag 3 Uhr.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 28. März 1930.

„Grüner Baum"-Lichtspiele — Kolonne X. Sie haben doch auch damals mit Spannung unsere Berichte über die Einbrecheraffäre Gebrüder Saß in Berlin gelesen! Sehen Sie sich doch bitte einmal eine solche Einbrecher-A.-G. im Film an. Jedenfalls ist es angenehmer, Sie verfolgen die Vorgänge auf der Leinwand mit Interesse und erfreuen sich an den wechselnden Bildern dieses Films mit Reinhold Schünzel, dem bestbekannten Schauspieler, als wenn Sie tatsächlich im Leben Bekanntschaft mit einer Kolonne X machen müssen. Bitte vergessen Sie nicht: Samstag und Sonntag um 1/,9 Uhr!

Württ. Volksbühne — Theatergemeinde Nagold. Am Mittwoch, den 2. April 1930 bringt die Württ. Volksbühne in Nagold das von vielen Seiten gewünschte bereits vor einem Jahre vorgesehene fünfaktige Schauspiel Lessings „Nathan der Weise" heraus. Es ist ein Glaubensbekenntnis des Dichters und eine Predigt der Toleranz in dramatischer Form. Die Handlung spielt zur Zeit der Kreuzzüge in Jerusalem am Hofe des Sultans Saladin. Die Regie führt Hans Neumeister. Die Titelrolle, den weisen Nathan, wird Hans Herbert Michels verkörpern, den Tempelherrn spielt Hans Röhr, den Sultan Friedrich Kinzler, die Recha Erika Seyfert. Ferner sind beschäftigt die Damen: Kunze und Schumann und die Herren: Böttcher, Neumeister und Schweizer. Das Bühnenbild ist von Erik Hohmann-Webau. Kostüme vom Landestheater Stuttgart.

•

Horb, 27. März. Auf der hier abgehaltenen Versammlung des Oberen Neckarsängerbundes wurde der Besuch des Gauliederfestes am 14. bis 16. Juli in Geislingen bei Balingen dringend empfohlen. Auch feiert der Liederkranz in Nordstetten das 50jährige Jubiläum, die Harmonie in Renfrizhausen das 20jährige Bestehen. Der Gau will auch einen Dirigentenkurs abhalten.

•

Ebingen, 27. März. Gestern vormittag verunglückte auf einem Neubau in der Mühlesteigstraße der 21 Jahre alte Bauarbeiter Gehring von Obernheim dadurch, daß er einen Arm in die Kammräder der Betonmischmaschine brachte, wobei ihm Muskel und Sehnen zerrissen wurden. Der Bedauernswerte mußte solange in seiner Unglückslage ausharren, bis die Räder der Maschine abmontiert waren. Aerztliche Hilfe war sofort zur Stelle. Sein Zustand ist sehr bedenklich.

Ellwangen, 27. März. Für die hiesige Stadtpflegestelle gingen 18 Bewerbungen ein. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde die Wahl vollzogen, gewählt wurde Ratschreiber Oskar Maier hier, der bereits zehn Jahre als solcher tätig ist.

Illertissen, 27. März. Dank der günstigen Witterung gehen die Arbeiten am Kanalbau der Unteren Iller ihrem Ende entgegen. Zurzeit werden noch die Kanalwandungen mit Lehm ausgekleidet. Der Turbineneinbau in den beiden Kraftwerken Au und Untereichen wird im Spätsommer vorgenommen, so daß termingemäß im nächsten Frühjahr 1931 mit der Stromlieferung begonnen werden kann.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Teilnahme Hindenburgs an der Mainzer Befreiungsfeier. Auf die Einladung der Stadt Mainz an den Reichspräsidenten von Hindenburg, an der Mainzer Befreiungsfeier teilzunehmen, hat der Reichspräsident geantwortet: „Ich nehme diese Einladung an, muß aber noch den Tag meines Besuches vorbehalten. Mit Genugtuung nehme ich davon Kenntnis, daß Sie die Absicht haben, die Feier in einem Rahmen abzuhalten, der dem Ernst der Zeit und der in unserem Volke so vielfach vorhandenen Not entspricht."

Ministerpräsident Finckh 70 Jahre alt. Reichspräsident von Hindenburg hat dem oldenburgischen Ministerpräsidenten von Finckh zu seinem 70. Geburtstag in einem herzlichen Schreiben seine Glückwünsche übermittelt. Auch der Reichskanzler hat ein Telegramm gesandt.

Jan Pilsudski mit der Regierungsbildung beauftragt. Der polnische Staatspräsident hat den Abgeordneten des Regierungsblocks, Jan Pilsudski, den Bruder des Marschalls Pilsudski, mit der Bildung der neuen Regierung betraut. Der Abg. Pilsudski hat den Auftrag angenommen.

Die Schweiz für Rotfront gesperrt. Die Schweizer Kommunisten beabsichtigen, am 30. März große öffentliche Kundgebungen zu veranstalten. In diesem Zusammenhang wurde angekündigt, daß Mitglieder des deutschen „Rotfrontkämpferbundes" an diesen Kundgebungen teilnehmen wollen. Der Bundesrat beschloß daraufhin, Ausländern die Einreise in die Schweiz zu diesem Zwecke zu verbieten.

Fünf Opfer eines rasenden Motorradfahrers. Der Kaufmann Strachetta in Breslau überfuhr mit seinem neuen Motorrad in rasendem Tempo fünf Personen, die schwer verletzt wurden.

Spiel und Sport

Handball. Für den kommenden Sonntag haben die erste und zweite Handballmannschaft des Turnvereins Freudenstadt unseren hiesigen Turnern ihren Besuch zugesagt. Im Hinblick darauf, daß die Gäste in die A-Klasse ihres Bezirks eingereiht sind, dürfte den stattfindenden Freundschaftsspielen besonderes Interesse entgegengebracht werden. G.

Handel und Verkehr

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 27. März

Zugetrieben: 2 Ochsen, 1 Bulle, 43 Jungbullen, 56 Jungrinder, 8 Kühe, 264 Kälber, 449 Schweine. Unverkauft: 10 Jungbullen, 10 Jungrinder.

Bullen: ausgem. 48—50, vollfl. 45—47.

Jungrinder: ausgem. 52—54, vollfl. 46—40.

Kälber: feinste Mast- und beste Saugk. 78—81, mittl. 67 bis 75, ger. 56—64.

Schweine: über 300 Pfd. 67—68, von 240—300 Pfd. 67 bis 68, von 200—240 Pfd. 66—67, von 160—200 Pfd. 64—65, Sauen 56—57. Verlauf: schleppend.

Mannheimer Viehmarkt vom 27. März. Dem heutigen Kleinviehmarkt waren zugefahren: 147 Kälber, 10 Schafe, 50 Schweine, 697 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurden für Kälber 58—75, Schafe 44—46, Läufer 46—56, Ferkel bis 4 Wochen 29 bis 32, über 4 Wochen 35—42. Marktverlauf: Kälber schleppend, Ferkel und Läufer mittelmäßig.

Waldsee, 26. März. **(Pferdemarkt.)** Zufuhr: 80 Stück. Verkauft: 20 Stück zu 600—1200 Mark pro Stück.

Rundfunk

Samstag, 29. März: 6.45 Uhr Morgengymnastik; 10.00 Schallplatten; 11.00 Nachrichten; 12.00 Wetter; 12.15 Schallplatten: „Aus vier Ländern"; 12.45 „50 Jahre in 30 Minuten"; 13.15 Wetter, Nachrichten; 13.30 „Melodien, die jeder kennt; 14.00 Jugendstunde; 15.00 Unterhaltungskonzert; 16.00 Unterhaltungskonzert; 17.30 „Wozu Jugendherbergsverband und Herbergsausweis?"; 18.00 Zeit, Wetter; 1805 Ueber den Zigeunerhauptmann Hannikel; 18.35 Stunde der Arbeit; 19.00 Zeit; 19.05 Spanischer Unterricht; 19.30 Impressionen; 20.00 Balduins Hochzeit; 21.15 Operettenkonzert; 22.30 Nachrichten; 22.45—0.30 Tanzmusik.

Letzte Nachrichten

Rückkehr Dr. Curtius nach Berlin

Berlin, 27. März. Auf die Nachricht von dem Rücktritt des Reichskabinetts hin, hat Reichsminister Dr. Curtius seinen Erholungsurlaub in Locarno abgebrochen. Er wird am Samstag vormittag 8.50 Uhr wieder in Berlin eintreffen.

Zur Einstellung Hitlers als thüringischer Beamter

Weimar, 27. März. Zu der in einem Teil der Presse verbreiteten Nachricht, wonach die Nationalsozialisten, um ihrem Führer Hitler die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen, danach streben, ihm eine Anstellung als thüringischer Beamter zu verschaffen, wird aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß ein derartiger Schritt von der bisherigen Regierung bisher nicht unternommen worden ist.

Neue Sträflingsmeuterei in Jefferson-City

Jefferson-City (Missouri), 27. März. In dem Zuchthaus, wo erst gestern mehrere hundert Sträflinge gemeutert hatten, kam es wiederum zu einer Meuterei. Etwa 600 Sträflinge weigerten sich, in den verschiedenen Fabriken zu arbeiten. Nach Mittag mußten etwa 700 Sträflinge unter Anwendung von Gummiknüppeln und Tränengasbomben aus der Speisehalle herausgetrieben und nach den Zellen abgeführt werden. Etwa 20 Sträflinge wurden bei dem Zusammenstoß mit den Aufsehern, die von einer Kompagnie Staatsmiliz unterstützt wurden, verletzt.

Fünf Personen von einem Löwen schwer verletzt

Kitzingen (Reg.-Bez. Unterfranken), 27. März. In dem zur Zeit hier gastierenden Zirkus Fischer ereignete sich heute abend ein furchtbares Unglück. In der Menagerie brach beim Umsetzen der Tiere ein Löwe aus. Bei dem Versuch, ihn wieder einzufangen, wurden fünf Personen von dem Löwen schwer verletzt. Sie wurden sämtlich dem Krankenhaus zugeführt. Zwei der Verletzten, die Dompteure Heinrich und Leo, haben so schwere Bißwunden erhalten, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Schweres Autounglück

Witten, 27. März. Ein Bergarbeitertransportauto, das mit 14 Bergleuten und zwei Frauen besetzt war, fuhr infolge Versagens der Handbremse Donnerstag Nachmittag gegen einen Mast der elektrischen Hochspannungsleitung. Das Auto schlug um und begrub sämtliche Insassen unter sich. Eine Frau fand hierbei den Tod. Die übrigen Insassen des Autos trugen mehr oder weniger schwere Verletzungen davon. Die Schuld an dem Unglück trifft den Chauffeur.

Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Vollmer.

Geschäftliche Mitteilungen

Der häusliche Friede ist ganz wesentlich davon abhängig, daß zu Hause alles den gewohnten Gang geht. Wenn z. B. in einem viel benützten Zimmer der Boden gestrichen wird und das Zimmer mehrere Tage lang nicht benützt werden kann, weil es ausgeräumt werden und zuerst trocknen muß, so gibt dies Unzuträglichkeiten. Mit dem neuen Fußboden-Pflegemittel Kinessa-Holzbalsam wurde den Hausfrauen ein Erzeugnis in die Hand gegeben, welches solche Mißstände in idealer Weise mit einem Schlage beseitigt. Dieser Holzbalsam wird abends auf den Boden wie Bohnerwachs aufgetragen, das Zimmer braucht nicht ausgeräumt zu werden, sondern man benützt es wie sonst auch weiter. Am andern Morgen wird mit Bürste oder Blocker aufgeglänzt und der Boden ist neu gestrichen, sieht wie Parkett aus, Farbe und Glanz ist haltbar, auch gegen Wasser unempfindlich. Kinessa-Holzbalsam eignet sich für jeden Holzboden, ist sehr billig und haltbar; er wurde von den größten Hausfrauen-Verbänden und von Fachleuten eingehend geprüft und als hervorragend anerkannt. Die Originaldose Kinessa-Holzbalsam kostet nur ℳ 1.25 bei Schwarzwald-Drogerie Fr. Schlumberger.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Drum Mädchen weine

nicht, wenn auch die Kinder mit ihren schmutzigen Schuhen auf den frisch gewachsten Böden herumlaufen. KINESSA-Bohnerwachs ist ja wasserunempfindlich. Du kannst wiederholt naß wischen und ohne neues Wachs mühelos wieder aufglänzen. Dabei reicht eine Pfunddose für 3—5 Zimmer. Deshalb spare mit

KINESSA
BOHNER-WACHS

Schwarzwald-Drog. Fr. Schlamberger

Wir empfehlen täglich frische

Molkerei-Tafelbutter

und feinste Teebutter

aus pasteurisiertem Rahm

Milchtiefkühl-Genossenschaft Ebhausen
Fernsprecher 26.

EMYLIS-

Leibbinden
das Beste für Arbeit und Sport

Dr. Hehls Korsettersatz
NATURA
(D.R.P.) verleiht dem Körper Halt und Stütze; in allen Weiten vorrätig
Damen-Binden
Binden-Gürtel
Camelia-Binden

Reinhold Hayer
Altensteig.

Gratis
erhält jeder Leser die broschierte Werbeausgabe des neuesten Kriegswerkes

„Im Osten nichts Neues"

Die Presse schreibt:
„Ein Buch, das den Krieg zeigt mit seinen Grausamkeiten, Drangsalen usw. Ein erschütterndes Dokument, einfach in seiner Sprache, die volle Wahrheit ohne Schminke schildernd. Das Buch sollte gerade unserer Jugend in die Hand gedrückt werden. Ein Buch, das alle lesen sollten."
Unkostenbeitrag 30 Pfg. Schreiben Sie sofort an
Sanitas-Verlag, Zirndorf / Nürnberg.

Simmersfeld.

Hiermit mache ich bekannt, daß ich den

Laden

von Hans Steeb übernommen habe und denselben in unveränderter Weise weiterführe und empfehle mich

Nikele Steeb.

Ein 6 Monate altes

Rind

setzt dem Verkauf aus.
Fritz Schlecht, Meistern.

Verkaufe zirka 30 Zentner unberegnetes

Ackerheu und Oehmd

Wer? — sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Grüner Baum Lichtspiele

Samstag und Sonntag
Abends 8½ Uhr

Kolonne X

Beiprogramm

Samstag Mittag
Kinder-Vorstellung.

Mittwoch
Federn-Reinigung
bei
Reinhold Hayer.
Anmeldung erwünscht.

Kauft zum Feste!

Billige
Bananen
Zitronen
Orangen
Gemüse-Konserven
Weine
Bei Mehrabnahme Sonderpreise!

Konsum
VEREIN NAGOLD UND UMGEBUNG
e. G. m. b. H.

Altensteig
Thomasmehl
Kainit
Kalisalz
Superphosphat
Ammoniak
Kalkstickstoff
Harnstoff
Nitrophoska
empfiehlt billigst
M. Schnierle.

Spielberg.
Ein junger
Möbelschreiner
für sofort gesucht.
Friedrich Joos,
mech. Schreinerei.

empfehlen billigst
Berg & Schmid - Nagold.

Gewerbebank Altensteig
e. G. m. b. H.

Annahme von **Spargelder** von jedermann bei höchstmöglichster Verzinsung. Mindesteinlage 5 Mark
Errichtung provisionsfreier Scheck-Konti.

Für Mitglieder ausserdem:
Abgabe von Vorschüssen, Kreditgewährung in laufender Rechnung, Diskontierung guter Warenwechsel, An- und Verkauf von Wertpapieren.

Sommer-Sprossen

auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einig. Tagen unter Garantie durch das echte unschädliche Teintverschönerungsmittel „Venus" Stärke B beseitigt. Keine Schälkur. Pr. ℳ 2.75. Gegen Pickel, Mitesser Stärke A.

Löwen-Drogerie Fr. Herrlen.

Altensteig.

Zur Konfirmation

empfehle:
Gemüse-, Obst- und Fisch-Conserven
in großer Auswahl
Preiselbeeren und Confitüren
Essig-Gurken in ½, 1, 2 und 4 Literdosen u. offen
Flaschenweine weiß und rot ca. 20 Sorten
Kaffee, Tee, Kakao erstklassige Qualitäten
süße blonde Orangen 1 Pfd. 20 ₰, 3 Pfd. 58 ₰
Span. Orangen 1 Pfd. 25 ₰, 3 Pfd. 70 ₰
Blut-Orangen 1 Pfd. 30 ₰, 3 Pfd. 85 ₰
Blut-Orangen 1 Pfd. 35 ₰, 3 Pfd. ℳ 1.—

Chr. Burghard jr.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw